Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6434

13. 02. 90

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)

zu

a) dem Antrag
der Fraktion der SPD
Die Zukunft Berlins zwischen Ost und West
— Drucksache 11/1094 —

b) dem Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
Zur Berlin- und Deutschlandpolitik
— Drucksache 11/1758 —

c) dem Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland
— Drucksache 11/5587 —

d) dem Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland
— Drucksache 11/5590 —

e) dem Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN
zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR
— Drucksache 11/5685 —

f) dem Antrag
der Fraktion der SPD
Zur Öffnung der deutsch-deutschen Grenze und zur Deutschlandpolitik
— Drucksache 11/5691 —

g) dem Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR
— Drucksache 11/5698 —

A. Problem

Im August 1989 hat der Abbau des Eisernen Vorhangs zwischen Ungarn und Österreich die erste Massenflucht von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland möglich gemacht. Die Ausreise tausender Flüchtlinge aus der DDR über die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in Prag, Warschau und Berlin (Ost) verstärkte diesen Strom, der erneut zur „Abstimmung mit den Füßen" wurde.

Mit der in friedlicher Weise erzwungenen Öffnung von Mauer und Grenzen der DDR am 9. November 1989 haben die Deutschen in der DDR die Gestaltung der deutschen und europäischen Friedensgeschichte fortgesetzt und die Deutschlandpolitik vor neue praktische Aufgaben gestellt, in deren Lösung Berlin voll einbezogen ist.

B. Lösung

Freie Wahlen in der DDR zur Fortsetzung der Reformbemühungen, die den Menschen dort eine annehmbare Lebensperspektive geben sollen mit dem Ziel, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Einmütigkeit im Ausschuß (bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN)

C. Alternativen

keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt mit Freude und Genugtuung fest, daß nach Öffnung der Mauer, die die Deutschen in der DDR durch ihr Bekenntnis zu Freiheit und Selbstbestimmung gewaltlos durchgesetzt haben, Deutschland mehr und mehr zusammenwächst. Beide Teile unseres Volkes tragen gemeinsam diesen Prozeß. Sie schaffen die besten Voraussetzungen dafür, daß die Türen nie wieder geschlossen werden können.

So hat sich bestätigt, daß Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung schon immer den Kern der deutschen Frage gebildet haben. Diese großen Ideen haben sich jetzt auch in den Staaten Europas Bahn gebrochen, in denen sie zuvor unterdrückt wurden. Unsere bisherige Hoffnung, daß wir einen Zustand des Friedens in Europa erreichen können, in welchem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, wird Schritt für Schritt Realität.

Jahrzehnte schmerzhafter staatlicher Trennung haben die deutsche Nation nicht teilen können. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Chance zur staatlichen Einheit Deutschlands gemeinsam mit ihren verbündeten Partnern im Westen und in europäischer Solidarität mit den Staaten im Osten nutzen.

Für uns war und ist Deutschlandpolitik auch immer zugleich europäische Friedenspolitik. Die Fortsetzung der europäischen Einigung und des KSZE-Prozesses in Richtung auf ein gemeinsames Gesamteuropa liegt im ureigenen nationalen Interesse der Deutschen.

Mit innerer Anteilnahme verfolgen und unterstützen wir die Reformbemühungen in der DDR. Am 18. März und 6. Mai 1990 werden die Deutschen in der DDR erstmals in allgemeinen, freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen über ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft entscheiden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der Regierung der DDR weiter nachhaltig darauf zu drängen, die Chancengleichheit der Parteien und politischen Gruppen sicherzustellen.

Zur Erneuerung in der DDR gehören die konsequente Ablehnung der bisherigen Politik der SED und ihre Gleichstellung mit dem Staat, die Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit, Parteienpluralismus sowie demokratische Mitbestimmungsrechte der Bürger auf allen Ebenen in einem föderalen Staat. Zur Gewährleistung einer für die Menschen annehmbaren Lebensperspektive gehört auch eine leistungsfähige soziale Marktwirtschaft. Dabei muß es das Ziel sein, einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustand herbeizuführen, in welchem die Menschen keinen Grund mehr haben, ihre Heimat zu verlassen. Vordringlich ist die schnelle Ver-

wirklichung einer Währungs- und Wirtschaftsunion einschließlich der erforderlichen sozialen Maßnahmen, um den Übergang in eine neue Wirtschaftsordnung zu erleichtern. Diese Perspektive muß auch die Möglichkeit für das deutsche Volk beinhalten, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Um dieses zu erreichen, müssen Deutsche in Ost und West zusammenarbeiten. Die legitimen Sicherheitsinteressen der Mitgliedsländer von NATO und Warschauer Vertrag müssen in Europa berücksichtigt werden. Ein deutscher Sonderweg in die Neutralität kommt nicht in Frage.

Der Deutsche Bundestag wird mit einem frei gewählten Parlament der DDR unverzüglich eine enge Zusammenarbeit aufnehmen. Ein immer dichter werdendes Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen bedarf der ständigen, aktiven parlamentarischen Mitwirkung. Deshalb muß eine Vertragsgemeinschaft auch ein gemeinsames parlamentarisches Gremium vorsehen. Das gilt gleichermaßen für die Mitwirkung frei gewählter Volksvertreter bei der regionalen innerdeutschen Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß Berlin in besonderer Weise an der politischen Entwicklung in Deutschland teilhat. Dies ist für die Bürger in beiden Teilen der Stadt täglich erlebbar. Die Stadt ist auf dem Wege, ihr internationales Ansehen im Dreiklang Wirtschaft — Wissenschaft — Kultur wiederzuerlangen. In diesem Zusammenhang kommen der verkehrsmäßigen Anbindung Berlins und dem Umweltschutz in Berlin große Bedeutung zu. Der unter Einbeziehung der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder aus Vertretern des Senats und des Magistrats von Berlin sowie der Bundesregierung und der Regierung der DDR gebildete Regionalausschuß ist ein hoffnungsvoller Anfang, um die Probleme der gesamten Region Berlin über noch bestehende Grenzen zwischen West und Ost hinweg gemeinsam zu lösen. Konföderative Organe sollen möglichst in Berlin tagen, ihre ständigen Einrichtungen dort ihren Sitz haben. Im Rahmen des Einigungsprozesses muß Berlin wieder Hauptstadt werden.

Berlin bietet ideale Voraussetzungen für internationale Tagungen und Konferenzen mit Beteiligung aus westlichen und östlichen Ländern. Der Deutsche Bundestag unterstützt nachhaltig den Vorschlag, Berlin als internationale Kongreßstadt vorzusehen und in Berlin KSZE-Folgekonferenzen abzuhalten. Die Bundesregierung soll darauf einwirken, daß die noch für dieses Jahr vorgesehene Gipfelkonferenz in Berlin stattfindet. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative, die Olympischen Spiele nach Berlin zu holen. Er erwartet, daß dazu in ganz Berlin die Voraussetzungen geschaffen werden. Im Zuge der veränderten Lage in Berlin und der enger werdenden Zusammenarbeit zwischen West und Ost müssen Institutionen der internationalen Zusammenarbeit verstärkt ihren Sitz in Berlin nehmen.

Der Deutsche Bundestag wird in seiner beständigen und verläßlichen Solidarität mit Berlin alles tun, damit Berlin die sich aus der geänderten Lage ergebenden Chancen nutzen kann. Die Bundesregierung kann sich bei den Förderungsmaßnahmen für Berlin wie bisher der Zustimmung des Deutschen Bundestages sicher sein.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- den Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin–Hannover als Teil der großen West-Ost-Magistrale Paris–Warschau–Moskau mit einem technologischen Standard, wie ihn die Deutsche Bundesbahn für ihr Schnellbahnnetz zur Zeit verwirklicht, zügig voranzubringen,
- die Öffnung Berlins für den internationalen Flugverkehr ohne Beeinträchtigung der bisherigen Luftverkehrsverbindungen, insbesondere in der Nord-Süd-Richtung, nachhaltig zu unterstützen; entsprechende Lande- und Überflugrechte der Deutschen Lufthansa sollten einbezogen und die Planung für einen neuen internationalen Flughafen außerhalb des Stadtgebietes von Berlin aufgenommen werden

  und
- die Verkehrsinfrastruktur so auszubauen, daß ein reibungsloser Verkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands ermöglicht wird.

Der Bund wird dieser veränderten Lage und den neuen Aufgaben Berlins durch seine Förderungsmaßnahmen Rechnung tragen.

Bonn, den 7. Februar 1990

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Hoppe	**Lintner**	**Schulze (Berlin)**	**Dr. Haack**	**Heimann**	**Frau Hensel**
Vorsitzender	Berichterstatter				

Bericht der Abgeordneten Lintner, Schulze (Berlin), Dr. Haack, Heimann, Hoppe und Frau Hensel

Der Antrag der Fraktion der SPD „Die Zukunft Berlins zwischen Ost und West" — Drucksache 11/1094 — wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 59. Sitzung am 5. Februar 1988 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Verkehr überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 8. Juni 1988 in Berlin beraten. Er hat den federführenden Ausschuß gebeten, nach Möglichkeit einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Der Auswärtige Ausschuß legt Wert darauf, diese gemeinsame Entschließung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen in seine weiteren Beratungen einzubeziehen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag am 9. März 1988 beraten. Er schlägt dem federführenden Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen von Mitgliedern der Fraktion DIE GRÜNEN vor, die Anträge in Drucksache 11/1094 und in Drucksache 11/1758 (Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Berlin- und Deutschlandpolitik) dahin gehend zu prüfen, wie deren positive Elemente zu einer einheitlichen Beschlußempfehlung zusammengefaßt werden können.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 24. Februar 1988 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen für den Abschnitt IV Nr. 3 des Antrags mit Stimmenmehrheit aus verkehrspolitischer Sicht folgende Formulierung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

— den Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin–Hannover als Teil der großen West-Ost-Magistrale Paris–Warschau mit einem technologischen Standard, wie ihn die Deutsche Bundesbahn für ihr Schnellbahnnetz zur Zeit verwirklicht, zügig voranzubringen und

— die Öffnung Berlins für den internationalen Flugverkehr ohne Beeinträchtigung der bisherigen Luftverkehrsverbindungen, insbesondere in der Nord-Süd-Richtung, nachhaltig zu unterstützen; entsprechende Lande- und Überflugrechte der Deutschen Lufthansa sollten einbezogen werden.

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat die Vorschläge der mitberatenden Ausschüsse zum Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 11/1094 aufgegriffen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Zur Berlin- und Deutschlandpolitik" — Drucksache 11/1758 — wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 59. Sitzung am 5. Februar 1988 dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zur Beratung überwiesen.

In seinen Beratungen am 2. März 1988 (19. Sitzung), 20. April 1988 (22. Sitzung), 16. Juni 1988 (25. Sitzung) und abschließend am 7. Februar 1990 (55. Sitzung) zu beiden Vorlagen hat der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen einen Bericht der Bundesregierung diskutiert, der insbesondere Fragen des deutsch-deutschen Luftverkehrs unter Berücksichtigung der Luftkorridore sowie die Reagan-Initiative, das Thema internationaler Konferenzen in Berlin sowie den Status von Berlin zum Inhalt hatte.

Zu den internationalen Aspekten der deutschen Frage hat das Auswärtige Amt mehrfach dem Ausschuß berichtet.

Ferner hat der Bundesminister für Verkehr den Ausschuß u. a. über den Ausbaustand der Transitstraßen nach Berlin und über die Möglichkeiten der Verbesserung der Eisenbahnverbindungen zwischen dem Bundesgebiet und Berlin unterrichtet.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland — Drucksache 11/5587 — wurde zusammen mit dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland — Drucksache 11/5590 — vom Deutschen Bundestag in seiner 173. Sitzung am 8. November 1989 dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß hat die Vorlagen in seiner 50. Sitzung am 15. November 1989 und abschließend in seiner 55. Sitzung am 7. Februar 1990 beraten.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 176. Sitzung am 16. November 1989 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Finanzausschuß sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Entschließungsantrag am 13. Dezember 1989 beraten und bei Abwesenheit von Mitgliedern der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig beschlossen, dem federführenden Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen vorzuschlagen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/5685 — zu empfehlen.

Der Finanzausschuß hat am 13. Dezember 1989 einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN auf ein Votum verzichtet, da die Vorlage keine den Finanzausschuß speziell berührenden Punkte enthält.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 1989 den Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN in Drucksache 11/5685 in seiner 52. Sitzung am 7. Dezember 1989 und abschließend in seiner 55. Sitzung am 7. Februar 1990 beraten.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 176. Sitzung am 16. November 1989 den Antrag der Fraktion der SPD zur Öffnung der deutsch-deutschen Grenze und zur Deutschlandpolitik — Drucksache 11/5691 — zusammen mit dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR — Drucksache 11/5698 — zur Beratung an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen überwiesen.

Der Ausschuß hat beide Vorlagen in seiner 55. Sitzung am 2. Februar 1990 beraten.

Bei der abschließenden Beratung aller sieben Vorlagen am 7. Februar 1990 machten die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP deutlich, daß sie eine gemeinsame Beschlußempfehlung für dringend geboten hielten. Durch die sich immer noch beschleunigende Entwicklung der Deutschlandpolitik sind viele Punkte, insbesondere aus den Vorlagen, die vor dem 9. November 1989 konzipiert worden sind, heute nicht mehr aktuell. Der Ausschuß hat daher bei der Formulierung seiner Beschlußempfehlung diejenigen Aspekte der Deutschlandpolitik in den Mittelpunkt gestellt, die für die künftige Entwicklung in Deutschland von besonderer Bedeutung sind. Bei seinen Aussagen zu Berlin bezog sich der Ausschuß auf die aufgeflammte Hauptstadtdiskussion. Die einstimmige Verabschiedung der Beschlußempfehlung erfolgte bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN.

Bonn, den 7. Februar 1990

Lintner **Schulze (Berlin)** **Dr. Haack** **Heimann** **Hoppe** **Frau Hensel**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333